

**Zu den Ergebnissen der Tagung  
des Politischen Beratenden Ausschusses  
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages  
vom 19. und 20. Januar 1965  
in Warschau**

Das Zentralkomitee bestätigt den Bericht des Ersten Sekretärs, Genossen Walter Ulbricht, über die Ergebnisse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, die am 19. und 20. Januar 1965 in Warschau stattfand.

Das Zentralkomitee billigt die Tätigkeit der Delegation der DDR zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses.

Das Zentralkomitee unterstreicht die im Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages getroffene Einschätzung, daß im Zusammenhang mit den Plänen einiger Mitgliedstaaten der NATO zur Schaffung einer multilateralen Kernstreitmacht, die dem westdeutschen Imperialismus den Zugang zu Kernwaffen eröffnet, eine neue Lage entstanden ist. Jede Form der atomaren Rüstung in Westdeutschland ermuntert die revanchistischen Kräfte zur Aggression, erhöht die Gefahr der Entfesselung eines Atomkrieges und verhindert die Vereinigung der beiden deutschen Staaten für unabsehbare Zeit.

Das Zentralkomitee der SED begrüßt die einmütige Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, daß sie mit aller Entschiedenheit gegen die Weitergabe von Kernwaffen an die westdeutsche Bundesrepublik, gleichviel in welcher Form, eintreten und die notwendigen Schutzmaßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit ergreifen, falls Mitgliedstaaten der NATO im Widerspruch zu den Lebensinteressen der Völker dazu übergehen sollten, die Pläne für eine Kernstreitmacht unter Einbeziehung Westdeutschlands zu verwirklichen.

Die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa sowie